

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 365 Anfrage Arnold Sarah und Mit. über die Situation der Pädokriminalität im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Sarah Arnold ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Sarah Arnold: Kinder sind besonders schutzwürdig. Als Mutter ist mir der Kampf gegen die Pädokriminalität ein besonderes Anliegen. Die Antworten des Regierungsrates zeigen deutlich, dass der Kanton Luzern bei der Strafverfolgung, aber auch der Prävention vor grossen Herausforderungen steht. Allein die US-Verdachtsmeldungen zeigen über die letzten Jahre eine konstant hohe Belastung mit jeweils über 100 Fällen pro Jahr, was sich in der Polizeistatistik mit etwa 45 Fällen pro Jahr niederschlägt. Woher kommt dieser Trend? Das Internet schafft geschützte Räume. Dort wird kinderpornografisches Material ausgetauscht und Kontakt unter gleichgesinnten geknüpft. In diesen Communities werden pädosexuelle Handlungen verharmlost. Die Scham fällt und der Schritt hin zu einer Tat in der realen Welt wird kleiner. Ich beobachte diese Entwicklung mit grosser Sorge. Es ist mir deshalb ein grosses Anliegen, dass wir aktiv stören und keine Verharmlosung dulden. Gleichzeitig hören wir von der Polizei, dass sie überlastet ist. Hausdurchsuchungen, die Auswertung elektronischer Beweise, die sehr belastende Sichtung dieses Bild- und Videomaterials, das alles ist zeitintensiv und verlangt Fachpersonal. Ich zitiere aus der Antwort des Regierungsrates: «Für die gezielte Verfolgung von Vorbereitungshandlungen konkreter Straftaten (Hands-on-Delikten) im Internet oder der Aufdeckung pädokrimineller Netzwerke fehlen der Polizei die notwendigen personellen Ressourcen.» Genau diese Lücken sind brandgefährlich. Denn dort, wo man nicht handelt, handeln andere. Wir brauchen deshalb gezielte Investitionen in die digitale Ermittlungsarbeit, die Auswertungstechnik und das spezialisierte Personal. Es ist zu hoffen, dass die Lücken mit der Organisationsentwicklung 2030 (oe2030) angepackt werden. Neben der Ermittlungsarbeit und der Strafverfolgung ist die Prävention ebenfalls zentral. Ich bin froh, dass wir seit 2025 eine Präventionsstelle Pädosexualität haben. Das ist ein wichtiger Meilenstein. Die Erfahrungen zeigen, dass diese Angebote wirken. Wenn wir damit nur einen Übergreif verhindern können, war es die Arbeit wert. Unser Ziel muss klar sein: Kinder vor sexueller Gewalt zu schützen. Wir dürfen nicht warten, bis etwas geschieht, sondern die Kinder benötigen unseren Schutz. Deshalb müssen wir die Lücken in der Ermittlungsarbeit schliessen.

Sofia Galbraith: Die Antwort des Regierungsrates ist inhaltlich umfassend beantwortet und die geforderten statistischen Auskünfte sind schlüssig. Dennoch wird deutlich, dass nicht alle Fälle gelöst werden und die Anzahl der registrierten Vorfälle über die Jahre zunimmt. Das ist

besorgniserregend und zeigt, dass wir weiterhin wachsam bleiben müssen. Besonders erfreulich ist die Umsetzung des Postulats P 814 von Melanie Setz Isenegger der SP-Fraktion mit der Errichtung einer Präventionsstelle Pädosexualität. Die Beauftragung der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich zur Umsetzung sowie die Mitgliedschaft im Verein «Kein Täter werden» sind wichtige Schritte. Diese Massnahmen zeigen Wirkung. Sie bieten nicht nur potenziellen Tätern und Täterinnen, sondern auch Angehörigen und insbesondere Minderjährigen als mögliche Opfer Unterstützung an. Prävention und Beratung helfen bereits im Vorfeld, dass Menschen mit entsprechenden Neigungen nicht straffällig werden oder falls doch Unterstützung erhalten, um einen anderen Umgang mit ihrer Neigung zu finden. Die Antwort macht aber auch deutlich, dass die Straftatenbekämpfung an ihre Grenzen stösst. Die hohe Zahl an Fällen stellt die Strafverfolgungsbehörden vor grosse Herausforderungen, insbesondere wegen der begrenzten personellen Ressourcen. Die Sicherung und Auswertung von Beweismitteln ist äusserst aufwendig. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, die Behörden weiterhin angemessen zu unterstützen und auszustatten. Ein Thema, das in der Antwort nur am Rande erwähnt wurde, ist das Cybergrooming, was kein neues Phänomen ist. Der Tatbestand hat sich aber mit der zunehmenden Nutzung digitaler Kanäle stark ausgeweitet. Minderjährige sind heute mehr denn je Gefahren im Internet und auf digitalen Plattformen ausgesetzt. Hier ist besonders wichtig, im Schulkontext präventiv zu informieren und Kinder und Jugendliche frühzeitig zu sensibilisieren. Es braucht eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus, Bezugspersonen und externen Fachstellen. Die Polizei und zahlreiche ausserschulische Akteurinnen und Akteure leisten hier bereits wertvolle Präventionsarbeit. Besonders wichtig ist dabei, dass wir für Kinder und Jugendliche niederschwellige Angebote schaffen und fördern. Sie müssen ohne grosse Hürden Zugang zu Beratung, Information und Unterstützung erhalten, etwa durch anonyme Onlineangebote, leicht zugängliche Workshops oder Peer-to-Peer Programme. Abschliessend möchte ich betonen: Die Antwort des Regierungsrates zeigt, dass wir auf einem relativ guten Weg sind, aber noch nicht am Ziel. Wir müssen die Prävention weiter stärken, die Strafverfolgung angemessen ausstatten, auch mit technischen Neuerungen wie Künstlicher Intelligenz (KI) und die Zusammenarbeit aller Akteure unterstützen.

Mario Bucher: Die Anfrage beschäftigt sich mit einem Thema, das oft unter dem Radar fliegt. Was Herr und Frau Schweizer nicht öffentlich sehen, das gibt es oft nicht. Doch leider ist das nicht die Realität. Im Gegenteil: Wegschauen fördert solche Dinge, die man in der Gesellschaft eigentlich nicht möchte. Die Digitalisierung betrifft fast alle Bevölkerungs- wie auch Berufsgruppen und so ist auch das Internet viel schnelllebiger als auch schon und mit immensen Datenvolumen vollgestopft. Bei rund einem Drittel der Internetinhalte handelt es sich um einen sexualisierten Kontext respektive pornografischen Inhalt. Man kann sich denken, dass bei einer solchen Menge auch Dinge zum Vorschein kommen, die nicht sein sollten. Die SVP hat kein Verständnis für sexualisierte Gewalt, nicht an erwachsenen Menschen und noch weniger an Kindern. Am allerwenigsten Verständnis haben wir für die Verbreitung solcher Straftaten per Internet, WhatsApp oder wie auch immer. Es gilt die Pädokriminalität in aller Härte zu unterbinden respektive zu bekämpfen und zu verfolgen. Aber auch hier darf man die Augen vor gewissen Zusammenhängen nicht verschliessen. Ich pflege immer gerne zu sagen, wenn wir in Punkto Justiz Ressourcenprobleme haben, müssen wir die Zuwanderung begrenzen. Hier wäre das aber wohl nur die halbe Wahrheit. Gerade wenn man auch Geschichten von Frauen in hochbetagtem Alter hört, was früher in den Familien in den Kellern geschehen ist, wäre eine Abwälzung auf die Zuwanderung nur eine Ausrede. So ist es wertvoll, dass es auch Institute wie «Kein Täter werden» gibt. Nichtsdestotrotz darf man auch hier die Zuwanderung in die Pflicht nehmen, bringen doch

viele Fremde gar entfremdende Sitten in die Schweiz. Etwa die Kinderehe, die stets heimlich stattfindet und zu einem wachsenden Phänomen in der Schweizer Gesellschaft wird, das man nicht dulden darf. Weiter gibt es viele Eltern in unserer Gesellschaft, die den Besuch von Transmenschen an Schulen als pädokriminell empfinden. Ich möchte diese Anfrage nicht lächerlich machen, sie ist sehr wichtig. Doch ich appelliere auch, dass man gerade in diesem Aspekt Menschen nicht auslacht, die mit der Thematik von Transmenschen in den Schulen ein Problem haben, wenn Kinder instrumentalisiert werden. Das Fazit: Pädokriminalität hat viele Facetten und findet je nach Weltanschauung gar öffentlich statt. Die SVP ist für alle Massnahmen, mit denen sexuelle Unsittlichkeiten und Pädokriminalität unterbunden werden können und dankt für die wichtige Anfrage und die Antwort der Regierung.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion begrüsst die Taskforce Pädokriminalität der Vereinigung der Schweizerischen Chefs Kriminalpolizei (VSKC). Dabei sollen insbesondere wertvolle Synergien zwischen den verschiedenen Kantonen genutzt werden. Prävention ist wichtig, um Straftaten zu verhindern. Die Grünliberalen unterstützen deshalb den Aufbau und den Betrieb einer Präventionsstelle Pädosexualität im Kanton Luzern. Aus unserer Sicht ist die Umsetzung durch die vollständige Erheblicherklärung des Postulat P 814 über die Errichtung einer Präventionsstelle Pädosexualität bereits festgelegt.

Roland Broch: Die Pädokriminalität ist ein sehr schwieriges und emotionales Thema. Die Regierung hat die gestellten Fragen aus Sicht der Mitte-Fraktion ausführlich und gut beantwortet. Der Bund regelt und koordiniert die konkreten Meldungen der Pädokriminalität über das Bundesamt für Polizei (fedpol). Die Luzerner Polizei (LuPol) geht den konkreten Meldungen mutmasslicher Fälle von Pädokriminalität, welche vor allem im Internet und Darknet stattfinden, über die Fachstelle Sexual- und Milieudelikte der LuPol nach. Die Staatsanwaltschaft, Abteilung 4, ist ebenfalls mit diesen Aufgaben betraut. Für die gezielte Verfolgung und Intervention in diesem Bereich fehlen dem Kanton schlichtweg die personellen Ressourcen. Es ist auch anzumerken, dass es sich um ein globales Problem handelt, das weder Kantons- noch Landesgrenzen kennt. Die KI-Problematik macht die Aufgabenstellung auch nicht einfacher, sondern verschärft sie eher. Die neu geschaffene Präventionsstelle Pädokriminalität versucht Personen mit pädophilen Neigungen abzufangen und zu beraten. In der Echogruppe dieser Präventionsstelle ist auch die LuPol vertreten. Es wäre interessant zu wissen, wie gross der Erfolg ist. Das wird jedoch aufgrund der kurzen Zeit und der Anonymität nicht möglich sein.

Laura Spring: Hinter dem Wort Pädokriminalität verbirgt sich ein verstörend grosses Leiden unserer Gesellschaft. Mit Blick auf die betroffenen Kinder kämpfte ich mit Emotionen und benötigte mehrere Anläufe, um mich in dieses Thema einzulesen und im Namen der Grünen Fraktion Stellung zu dieser Anfrage zu nehmen. Nach dem Lesen der Antwort des Regierungsrates war ich fast etwas erleichtert da ich feststellen konnte, dass der Kanton Luzern einiges unternimmt. Unter anderem dank dem Postulat P 814 von Melanie Setz Isenegger und dem grossen Engagement der Regierungsrätinnen Ylfete Fanaj und Michaela Tschuor, die sich in ihren Departementen diesem Thema annehmen und die wichtige Präventionsarbeit umsetzen und vorwärtstreiben. Mit diesen Arbeiten wurde teilweise aber erst begonnen, das zeigt sich auch in der Antwort des Regierungsrates. Die Grüne Fraktion begrüsst alle bereits begonnen Massnahmen, dabei sind alle drei Bereiche notwendig. Erstens, der Schutz der Kinder auch über die Aufklärung der Gesellschaft. Auch über die Thematisierung an den Schulen und die Sensibilisierung der Eltern. Mario Bucher, deshalb ist die Thematisierung der Sexualität gerade an den Schulen von grosser Bedeutung. Ich denke dabei auch an die Nutzung von sozialen Medien usw. Leider sind wir aber noch nicht so weit, dass wir den Schutz der Kinder in allen Bereichen abdecken können. Das macht Angst.

Zweitens, die Täterarbeit, die beim Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) mit dem Betrieb der Präventionsstelle Pädosexualität aufgebaut wird, ist von hoher Wichtigkeit. Diese gilt es vorwärtszubringen und zu stärken, auch mit den nötigen personellen Ressourcen. Drittens, die Strafverfolgung. Die Strafverfolgung ist durch die LuPol und die Staatsanwaltschaft gut aufgegleist. Die beschriebenen Strategien scheinen plausibel und scheinen zu funktionieren. Das klingt aber nach einer Arbeit, für die sehr viele Ressourcen benötigt werden. Ich bin nicht sicher, dass diese Ressourcen vorhanden sind, denn das kann der Antwort des Regierungsrates nicht klar entnommen werden. Damit diese Strategien wirksam sein können, ist meiner Meinung nach auch ein Ausbau der personellen Ressourcen nötig. Die drei genannten Ebenen sind aus unserer Sicht alle gleich wichtig und sie sollen vom Kanton weiter gestärkt und verfolgt werden.

Sofia Galbraith: Ich möchte auf die Kultur unserer Debatten hinweisen. Ich finde die Argumentation von Mario Bucher über Transmenschen und dass er Ausländer zu Kriminellen macht, nicht in Ordnung.

Irina Studhalter: Mario Bucher, das Thema lautet Pädokriminalität und es geht um die Strafverfolgung. Das hat absolut nichts mit Transgender, einer gesunden Varianz im Spektrum des sozialen Geschlechts zu tun. Es ist respektlos und beschämend, Transmenschen in diesem Kontext zu nennen.

Caroline Rey: Zum Votum von Mario Bucher: Ich weise mit Nachdruck zurück, dass in einem Votum Transmenschen und Pädokriminalität in einem Atemzug genannt werden. Diese Verbindung ist nicht nur sachlich falsch, sondern auch höchst verletzend und gefährlich. Transmenschen mit Kriminalität in Verbindung zu bringen, fördert Vorurteile und trägt zur weiteren Stigmatisierung bei, anstatt die Menschenrechte aller zu stärken. Ich fordere daher Respekt im Umgang mit marginalisierten Gruppen und appelliere an Ihre Verantwortung, keine falschen und gefährlichen Narrative zu bedienen.

Mario Bucher: Ich respektiere die Haltung von Sofia Galbraith sehr. Ich habe aber auch eine Aufzählung von unserer Wählerschaft gemacht. Wir sind alle gegen Pädokriminalität. In unserem Fächer fällt aber auch das zum Teil unter Pädokriminalität. Ich diskriminiere keine Transmenschen, sie dürfen auf diesem Planeten auch leben. Es gibt Leute in unserem Wählerumfeld, die damit Mühe haben. Hier beginnt die Diskussion bereits, wo beginnt Pädokriminalität und wo endet sie?

Samuel Zbinden: Mario Bucher, manchmal wäre es besser, kein zweites Votum zu halten. Sie können sich schon hinter Ihren Wählerinnen und Wählern verstecken und so tun, als wäre das nicht Ihre Meinung, sondern etwas, das Sie gehört haben. Aber nur schon zu suggerieren, dass es so sein könnte und einen Zusammenhang zwischen Transmenschen und Pädokriminalität herzustellen ist äusserst respektlos.

Mario Bucher: Ich finde es schade, dass Sie das Thema nun selbst verwässern. Sie sprechen nur noch über Transmenschen und nicht über die Pädokriminalität. Das ist nicht von uns gekommen, sondern Sie haben dieses Thema aufgegriffen, das tut mir leid.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Sexueller Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie gehören zu den widerwärtigsten Straftaten überhaupt. Hinter jedem Bild, hinter jedem Video steht ein Kind, das zum Objekt der sexuellen Fantasie eines Erwachsenen gemacht wurde. Hinter jedem Bild, hinter jedem Video steht ein Erwachsener, der ein Kind ausbeutet, misshandelt und missbraucht hat. Dem es gleichgültig ist, ob er das Kind körperlich und seelisch verletzt, ob er die gesamte Entwicklung des Kindes nachhaltig zerstört. Das ist die Definition von Pädosexualität. Deshalb ist es nicht Ordnung, Mario Bucher, Transmenschen in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Auch diejenigen Täter, die kein eigenes Material herstellen,

sondern konsumieren, machen sich mitschuldig. Würde Kinderpornografie nicht nachgefragt, würde sie auch nicht produziert. Wir sind uns einig: Wir müssen unsere Kinder schützen und wir müssen Pädokriminalität mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Im Kanton Luzern sind der Fachdienst Sexual- und Milieudelikte und die Staatsanwaltschaft, Abteilung 4, für die Aufklärung von Straftaten zuständig. Diese Mitarbeitenden sind spezialisiert, sie verfügen über sehr viel Know-how und Erfahrung. Ein Job, der alles andere als einfach und sehr belastend ist. Das hat auch Sara Arnold erwähnt. Mit diesen Bildern muss man erst einmal umgehen können. Aber nicht nur inhaltlich ist diese Tätigkeit enorm herausfordernd. Die Sicherung und Auswertung von Material, die Hausdurchsuchungen und die Analyse von elektronischen Datenträgern – all das ist sehr zeit- und personalintensiv. Zudem ist es so: Die Anzahl Sexualdelikte ist in den letzten Jahren gestiegen, auch letztes Jahr gab es fast eine Verdoppelung. Das sind meistens akute Fälle, die sofort an die Hand genommen werden müssen, wo Einvernahmen und Spurensicherungen sofort getätigt werden müssen. Deshalb müssen Fälle warten, wo proaktives Ermitteln nötig ist. Die Regierung ist bestrebt, in den nächsten Jahren den Fokus auf dieses Thema zu verstärken und die personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Es ist das Ziel der Regierung, den Bereich Kinder- und Jugendschutz in den nächsten Jahren zu stärken. Prävention ist dabei sehr wichtig. Es gilt zum einen, Kinder mit gezielten Kampagnen über ihren Körper und ihre Rechte aufzuklären. Kinder müssen wissen, wann ein Verhalten grenzüberschreitend ist. Und sie müssen wissen, wo sie ein solches Verhalten melden können. Gleichzeitig müssen Jugendliche über den Umgang mit pornografischen Inhalten aufgeklärt werden. Ein Drittel der Täterschaft im Bereich illegale Pornografie sind Jugendliche oder junge Erwachsene. Sie schicken sich Bilder, Videos oder Memes, auf denen Minderjährige nackt oder in sexuell anzüglichen Posen zu sehen sind – hergestellt vielleicht sogar mit KI –, und wissen meist gar nicht, dass sie sich dadurch strafbar machen. Hier gilt es, Aufklärung zu leisten und die Jugendlichen im Rahmen der polizeilichen Prävention an Schulen auf die Gefahren und Gesetze aufmerksam zu machen. Die Medienkompetenz muss gestärkt und der Umgang mit Gewalt thematisiert werden. Dazu arbeiten alle Departemente eng zusammen, vor allem auch die Polizei und die Schulen. Im Bereich der erwachsenen Täter spielt die Präventionsstelle Pädosexualität eine wichtige Rolle. Personen mit pädophiler Neigung können hier Begleitung und Therapie in Anspruch nehmen. Die Präventionsstelle wurde im Februar eröffnet und wir erhoffen uns ähnliche Ergebnisse wie in Zürich. Dort zeigt sich, dass das Angebot Anklang findet und in Anspruch genommen wird – von Betroffenen und Angehörigen gleichermassen. Pädokriminalität ist und bleibt eine grosse Herausforderung. Wir müssen dieses Thema zum Schutz unserer Kinder ganz oben auf der Agenda behalten und ich danke Sara Arnold für die wichtigen Fragen, die gestellt wurden.